

## **V-1 Ja zu Demokratie - Nein zur AfD!**

Gremium: Landesausschuss  
Beschlussdatum: 28.02.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Demokratie und offene Gesellschaft

### **Antragstext**

1 Was viele schon lange wussten, was viele schon lange erlebt haben, wurde mit der  
2 Correctiv Recherche zu einem Geheimtreffen von AfD-Funktionär\*innen und andern  
3 Rechtsextremen schwarz auf weiß bestätigt: die AfD steht für ein Deutschland, in  
4 dem Menschen in Kategorien eingeteilt werden, in dem die Menschenrechte nicht  
5 mehr universell gelten sollen. Menschen, die nicht ins Weltbild der AfD passen,  
6 sollen deportiert werden.

7 Bündnis 90/Die Grünen Berlin sagt ganz klar Nein zu diesen Gewaltphantasien. Wir  
8 stehen und arbeiten für ein Berlin und für ein Deutschland, in dem kein Mensch  
9 in Bezug auf die (zugeschriebene) Herkunft, die sexuelle Orientierung, einer  
10 Behinderung oder der politischen Überzeugung Angst haben muss. Berlin lebt von  
11 der Vielfalt der Menschen, die dieses Land und diese Stadt gestalten. Wir werden  
12 deshalb alles in unserer Macht stehende tun, um die Menschen in unserer Stadt zu  
13 schützen und die Extremist\*innen von AfD, Identitärer Bewegung und Co in ihre  
14 Schranken zu weisen - dazu gehört auch eine entsprechende Schwerpunktsetzung bei  
15 Verfassungsschutz, Polizei und Staatsanwaltschaft. Wir rufen alle demokratischen  
16 Mitbewerber\*innen dazu auf gemeinsam die Brandmauer gegen Rechtsextremismus zu  
17 stärken.

18 Wir nehmen sehr ernst, dass Rassismus, Antisemitismus und rechtsextremistisch  
19 motivierte Gewalt, auch aus dem Kreis der AfD und ihrer Anhänger\*innen,  
20 weiterhin zunehmen und viele Menschen schon derzeit hiervon massiv betroffen  
21 sind. Denjenigen, die bereits Opfer rechter Gewalt oder rechten Hasses geworden  
22 sind, wollen wir durch einen Ausbau von Angeboten der Opferhilfe und -beratung  
23 zur Seite stehen.

24 Rechtsextremes Gedankengut lässt sich jedoch nicht per Knopfdruck verbieten.  
25 Demokratiebildung in der Schule, aber auch weit darüber hinaus, muss endlich  
26 auch in unserer Stadt eine größere Priorität eingeräumt bekommen. Das erwarten  
27 wir sowohl vom Regierenden Bürgermeister als auch vom gesamten Senat.

28 Zudem muss konsequent gegen Fake News sowie gegen Hass und Hetze on- und offline

29 vorgegangen werden. Wir setzen uns dafür ein, Extremist\*innen konsequent zu  
30 entwaffnen. Und für diejenigen, die sich entscheiden, die rechtsextreme Szene zu  
31 verlassen, braucht es gut ausgebaute Aussteigerprogramme. Und wer rechtsextremes  
32 Gedankengut vertritt, gehört nicht in den Staatsdienst des Landes Berlin - auch  
33 hier erwarten wir, dass der Senat und die Verwaltung alle ihnen zur Verfügung  
34 stehenden Mittel nutzen und das Disziplinarrecht entsprechend schärfen.

35 Gleichzeitig erkennen wir an, dass es unsere Aufgabe ist, unsere Demokratie mit  
36 allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu schützen. Berlin muss prüfen,  
37 welche Maßnahmen erforderlich sind, um Einfallstore zu schließen, die  
38 Extremist\*innen gezielt zur Destabilisierung unserer demokratischen Gesellschaft  
39 und zum Kampf gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung von innen  
40 heraus nutzen können. Wir müssen insbesondere frühzeitig sicherstellen, dass in  
41 Berlin auch im Falle des Erstarkens von rechtsextremen Kräften die  
42 Handlungsfähigkeit des Abgeordnetenhauses und der Verfassungsgerichtsbarkeit  
43 gewahrt bleibt. Die Verfasser\*innen des Grundgesetzes haben die Möglichkeit  
44 eines Parteiverbots nicht ohne Grund in unsere Verfassung geschrieben - die  
45 Erfahrungen der Weimarer Republik waren ihnen noch zu präsent. Wir sind  
46 verpflichtet, dafür zu kämpfen, dass sich diese Geschichte nicht wiederholt. Ein  
47 Parteiverbotsverfahren mag Zeit in Anspruch nehmen und nicht allein das  
48 bestehende Problem, das Deutschland mit Rechtsextremismus hat, lösen können. Es  
49 ist aber ein weiterer wichtiger Baustein zum Schutz der in unserer Stadt  
50 lebenden Menschen, zum Schutz unserer aller Freiheit. Der Landesausschuss von  
51 Bündnis 90/Die Grünen Berlin spricht sich deshalb dafür aus, ein AfD-Verbot zu  
52 prüfen.

## **V-6 Das Land Berlin muss die Sicherheit religiöser Einrichtungen gewährleisten**

Gremium: Landesausschuss  
Beschlussdatum: 28.02.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

1 Glaubens- und Gewissensfreiheit werden als allgemeines Menschenrecht durch das  
2 Grundgesetz ausdrücklich gewährleistet. Die Ausübung dieses Grundrechts muss zur  
3 Entfaltung seiner Wirksamkeit in der Realität staatlich geschützt werden.  
4

5 Der Schutz jüdischen Lebens in Berlin hat für uns oberste Priorität. Bündnis  
6 90/Die Grünen Berlin erklärt seine Solidarität mit allen, die sich in diesen  
7 Zeiten unter den Folgen des Terrors der Hamas nochmals drastisch stärker als  
8 zuvor Gefahren für Leib und Leben ausgesetzt sehen. Es sind vor allem die  
9 Mitglieder und Besucher\*innen der Berliner Synagogen, der jüdischen Schulen oder  
10 anderer jüdischer Einrichtungen, die in besonderem Maße gefährdet sind.  
11

12 Es ist gut und richtig, dass dem Schutz von besonders bedrohten Einrichtungen  
13 von Seiten der Polizei unverzüglich besondere Priorität eingeräumt und der  
14 Schutz erhöht wurde. In der derzeitigen Gefährdungssituation sollten dabei auch  
15 Orte geschützt werden, die nicht der unmittelbaren Religionsausübung dienen,  
16 aber religiös markiert sind.  
17

18 Auf jüdischer Seite ist besonderes Augenmerk auf die Institutionen zu legen, die  
19 durch das Sicherheitskonzept der Jüdischen Gemeinde nicht schon mitversorgt  
20 sind: Etwa die Drei-Religionen-Kita, die Synagogengemeinde Kahal Adass Jisroel  
21 und der Verein Hillel.  
22

23 Aber auch die Zunahme von Hass und Gewalt gegenüber islamischen Gemeinden oder  
24 Bildungseinrichtungen sehen wir mit Sorge.  
25

26 Das betrifft die Ibn-Rushd-Goethe-Moschee, die eine wichtige Anlaufstelle für  
27 queere und liberale Muslim\*innen in Berlin ist und die aufgrund  
28 bekanntgewordener Anschlagpläne des terroristischen IS-Ablegers "Islamischer  
29 Staat Provinz Khorosan" (ISPK) schon länger im Fokus steht und daher kürzlich  
30 von der Moscheeleitung geschlossen worden ist. Auch der aktuellen Zunahme an  
31 antimuslimischen Übergriffen und Anfeindungen muss entgegengewirkt werden.  
32 Wir fordern vom Berliner Senat und den Sicherheitsbehörden entsprechende

33 individuelle Gefährdungsbewertungen und wirksame Schutzkonzepte.

34

35 Die Religionsfreiheit muss in vollem Umfang wiederhergestellt und garantiert  
36 werden. Wir stehen an der Seite all derjenigen, die für die religiöse Vielfalt  
37 in Berlin und ihre Sichtbarkeit eintreten und sich für sie stark machen.

38 Alle Gläubigen, ob Jüd\*innen, Muslim\*innen, Christ\*innen oder andere, die  
39 friedlich und ohne Hass ihre Religion ausüben wollen, müssen dies ohne Gefahr  
40 für Leib und Leben tun können

## **V-7 #wirfahrenzusammen - ein starker ÖPNV braucht gute Arbeitsbedingungen und ausreichende Finanzierung**

Antragsteller\*in: Santiago Rodriguez Salgado (LV Grüne Jugend Berlin)  
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

1 Für uns Bündnisgrüne steht fest: wir brauchen eine massive Stärkung des  
2 öffentlichen Nahverkehrs, um allen Menschen bequeme, sichere, bezahlbare und  
3 klimafreundliche Mobilität zu ermöglichen. Knapp 20.000 Beschäftigte von BVG und  
4 BT (Berlin Transport) sorgen täglich für die Mobilität von uns Berliner\*innen.  
5 Doch ihr Arbeitsalltag ist oft bestimmt von extremer Arbeitsbelastung,  
6 unsicherem Arbeitsumfeld durch marode Infrastruktur und Personalmangel. Das  
7 führt wiederum zu Stress und hohen Krankheitsständen, was die Situation weiter  
8 verschärft.

9 Um den Takt gerade in den Außenbezirken zu verdichten und neue Strecke bedienen  
10 zu können, muss das Personal in den kommenden Jahren massiv angelernt und  
11 aufgestockt werden. Bessere Arbeitsbedingungen, eine gute Bezahlung und  
12 Investitionen in den ÖPNV machen es möglich, dass Wartezeiten verkürzt und  
13 Fahrausfälle sowie überfüllte Busse und Bahnen verhindert werden können.

14 Durch autozentrierte Politik der letzten Jahrzehnte wurden der ÖPNV sowie Fuß-  
15 und Radinfrastruktur lange vernachlässigt und kaputt gespart. Mit dem  
16 Mobilitätsgesetz haben wir das in der letzten Rot-Rot-Grünen Regierung geändert.  
17 Dass die Rückschnittskoalition aus CDU und SPD die Mobilitätswende nun  
18 blockiert, kritisieren wir scharf. Statt den Ausbau des Umweltverbunds zu  
19 stoppen, muss dieser finanziell klar Priorität haben! Die Mobilitätswende  
20 gelingt dabei nur, wenn der Ausbau von klimafreundlicher Mobilität für alle und  
21 gute, sichere Arbeitsbedingungen der Beschäftigten Hand in Hand gehen.

22 Aktuell finden bundesweit Verhandlungen der Rahmentarifverträge statt. Diese  
23 regeln allgemeine Arbeitsbedingungen wie beispielsweise Urlaubs- und  
24 Arbeitszeitregelungen. Unter der Kampagne #wirfahrenzusammen streiten  
25 Beschäftigte des ÖPNV, die zuständige Gewerkschaft ver.di und  
26 Klimaaktivist\*innen von Fridays for Future gemeinsam für gute  
27 Arbeitsbedingungen, mehr Personal und höhere Investitionen in den ÖPNV. Als  
28 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin schließen wir uns diesen Anliegen an. Wir stehen

29 solidarisch an der Seite der Beschäftigten, die jetzt am 29.2 und am 1.3 in  
30 Berlin und Bundesweit zusammen mit Ver.di und Fridays For Future streiken  
31 werden.

### **Unterstützer\*innen**

Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte), Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei), Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte), Frauke Prasser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Kurt Hildebrand (KV Berlin-Mitte), Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Christoph Störmer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg), Thuy Chinh Duong (KV Berlin-Mitte), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Gustav Kenn (LV Grüne Jugend Berlin), Erk Ata Gülbasar (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Lisbeth Emely Ritterhoff (KV Berlin-Neukölln), Wolfgang Bräuer (KV Berlin-Lichtenberg), Heiko Glawe (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Annkatrin Esser (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Julia Dittmann (KV Berlin-Kreisfrei), Andreas König (KV Berlin-Kreisfrei), Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei), Andreas-Martin Selnow (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Claudia Thiele (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Maren Tepper (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Maximilian-Lukas Linke (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Lukas Kuhnert (LV Grüne Jugend Berlin)

## **V-8 Erhöhung der relevanten Haushaltsposten zur Unterstützung für Lehrkräfte und Schüler\*innen gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus, an Allgemeinbildenden/Beruflichen Schulen und in Ausbildungsbetrieben**

Gremium: LAG Bildung  
Beschlussdatum: 14.02.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Verschiedene Anträge

### **Antragstext**

#### **Forderungen:**

1. **Verstetigung und Erhöhung der Finanzierung für Träger**, die mit oder an oder in außerschulischen Lernorte für einen interreligiösen, interethnischen, friedlichen Dialog arbeiten und mit ihren Materialien und Angeboten Schulen/Betriebe unterstützen;

- die meisten Positionen im Haushaltstitel haben sich in den letzten drei Jahren wenig geändert. Sie werden dies auch voraussichtlich 2025 nicht tun, obwohl sich die Stimmung, das Ausmaß an Gewalt- und Übergriffen (laut Monitoring Gewaltdelinquenz 2023) an den Schulen und Stätten für Jugendliche verändert hat. Hier eine Auswahl an Initiativen, die im Haushalt mit Beträgen erwähnt sind.

KiGa (Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus z.B. 2023 - 182.310€, 2024 - 114.830€ und 2025 – 117.410€),

BQN e.V. (Zentrum für Diversitätskompetenz), RIAS (Bundesverband, Report-Antisemitismus), Each One, REDAR (Recherche- und Dokumentationsprojekt – Antimuslimischer Rassismus), DeVi – Verein für Demokratie und Vielfalt e.V., New Israel Fund, IBIM (Intersektionales Bildungswerk in der Migrationsgesellschaft) keine Förderung 2024/25

**1.1 Befähigung der Lehrkräfte und des Personals** an den Schulen/Betrieben berlinweit, durch Angebote niedrigschwelliger Fortbildung auf Hassbotschaften im Klassenraum/am Ausbildungsplatz angemessen zu reagieren (dieser Aspekt fehlt komplett in der Handreichung zur Demokratiebildung an Berliner Schulen, Berliner Landeszentrale für Politische Bildung)

23 z.B.

24 - Einbindung von Multiplikator/innen der Nachbarschaft für niedrighschwellige,  
25 freiwillige Dialogangebote in den langen Pausen;

26 - Langfristige Bindungsarbeit durch Vertrauenspersonen an den Schulen/in  
27 Betrieben für und mit Jugendlichen, die über die zumeist dreijährigen  
28 Projektlaufzeiten kaum möglich ist.

29 **1.2 Befähigung der Lehrkräfte durch niedrighschwellige Fortbildungsangebote,**  
30 Antisemitismus von legitimer Kritik an der Regierung und Politik des Staates  
31 Israel und vom persönlichen Leid in Familien im Kontext des Nahostkonfliktes zu  
32 differenzieren und die Begriffe Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus  
33 rechtssicher verwenden zu können. Die Definitionen könnten sich an § 11 und §12  
34 des Berliner Landesantiriminierungsgesetzes orientieren.

35 z.B.

36 - möglicherweise mit kurzen Präsenz-/Online-Workshops; aufsuchende Beratung in  
37 den Schulen für die Lehrkräfte/in den Betrieben für Ausbildungspersonal.

38 - Erstellung von digitalen/haptischen Informationsmaterialien, damit sich  
39 Lehrkräfte nicht ungewollt gegenüber der Öffentlichkeit, Elternschaft und  
40 Schüler/innenschaft sowie der Justiz angreifbar machen.

41 **1.3 Weitere Unterstützungs-/Partizipationsangeboten für** geflüchtete Jugendliche  
42 schaffen zur Erhöhung von Medienkompetenz und für ein vertieftes Verständnis für  
43 gesellschaftliche Rollen der Stadtgesellschaft;

44 **1.3.1 Trainingangebote** für alle geflüchteten Jugendliche, um unsere Geschichte  
45 und die daraus entstehenden Verpflichtungen zu verstehen.

46 z.B.

47 - niedrighschwellige Bildungsarbeit in einfacher oder Herkunftssprache (Prüfung  
48 und Abgleich bestehender Angebote durch Menschen mit Migrations-  
49 /Fluchtgeschichte)

50 **1.4. Austausch von Jugendlichen und lokalen Multiplikator/innen** zwischen Israel  
51 und auch Palästina stärken.

52 - Vorantreiben des internationalen Jugendaustausches als Säule der „soft  
53 diplomacy“ – Kultur und Bildung, gerade für Jugendliche aus schwierigen



54 Verhältnissen

55 - Etablierung von niedrighschwelligen Begegnungsformaten in Berliner Bezirken für  
56 Jugendliche und Erwachsene;

## **Begründung**

In Berlin gibt es ein großes Spektrum von Angeboten zu den oben erwähnten Punkten. Aber, die Situation in der Stadtgesellschaft hat sich jetzt sichtbar geändert und entwickelt sich schnell in verschiedene Richtungen einer Radikalisierung, einem Rückzug und wieder in ein Schweigen.

Feststeht - Jugendliche und Lehrpersonal brauchen einen klareren Blick auf die Situation im Nahen Osten hier vor Ort in Berlin in all seiner Komplexität – nicht mit der Schaffung von neuen Strukturen, sondern mit der Verstetigung und Weiterentwicklung von zivilgesellschaftlichen Angeboten in Berlin; besonders für gefährdete und geflüchtete Jugendliche. Hierzu müssen die Ressourcen im Haushalt 2024/2025 erhöht werden. Die Aktivitäten müssen berlinweit angeboten werden. Angesichts der Situation in Israel, Palästina und Libanon müssen wir hier in Berlin im schulischen Leben und Miteinander vor die Welle von Hass, Desinformation, Apathie und Gewalt kommen. Wir alle haben sehr viel versäumt: In den Schulen, Jugendclubs, in der Kultur, an alltäglichen Orten der Begegnung.

Wenn das „Jetzt“ von „Nie wieder ist Jetzt“ wirklich ernst gemeint ist, und wir es über einen langen Zeitraum auch leben wollen – in all unserer Vielfalt, brauchen wir zwingend mehr Öffentlichkeit, mehr Partizipation, flächendeckend in ganz Berlin, heißt mehr Haushaltsmittel.

Es ist an uns, zusammen mit den Partnern besser zu verstehen, wie ein Neubeginn des Dialogs zwischen jüdischen, muslimischen, interkonfessionellen Menschen aussehen kann – für einen friedlichen, sicheren Austausch mit Gesprächen, Begegnungen und Feiern – gemeinsam innehalten in schwierigen Zeiten.

Rechtsradikale und extremistische Rattenfänger nutzen die oft prekäre Lage von vielen Jugendlichen aus, schüren Hass durch Desinformation und Vorurteile, ermutigen zur Relativierung der Geschichte. Dem muss sich Berlin entgegenstellen. Das geht nicht in wenigen Wochen, sondern braucht eine Kontinuität im aktiven Handeln. In der Ermutigung des Lehrpersonals in Schulen und Betrieben und vor allem der Jugendlichen.